

KGW's Rundschreiben



23.02.2017
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Wenn der Vergleich gestattet ist, gab es nie einen Präsidenten, der im Porzellanladen (USA) so viel zerschlagen hat wie **Donald Trump**. Das Symbol der Freiheit „Lady Liberty“ würde vielfach bittere Tränen zum autokratischen Führungsstil **D.T.**'s weinen, wenn sie könnte. Der derzeitige EU-Ratspräsident, Donald Tusk, bezeichnet die US-Politik als gefährlich. Er drohte auf die Anfeindungen aus Washington die USA auf die schwarze Liste der Steueroasen zu setzen. Der Wirtschaftsberater von **D.T.**'s, Peter Navarro, giftete Richtung Deutschland: „Deutschland beutet sowohl andere EU-Staaten, als auch die USA aus, mit Hilfe einer impliziten Deutschen Mark die extrem unterbewertet ist. Das können wir nur dahingehend kommentieren, dass Vertreter der deutschen Bundesbank (ehemalige Hüter der D-Mark), die Politik des EZB-Präsidenten Mario Draghi häufig kritisierten. Der Euro-Kurs wird vor allem von der expansiven Geldpolitik der EZB gedrückt. Navarros Kritik „Financial Times“ mit der er eine Absage eines europäisch – amerikanischen Handelsabkommens zu legitimieren versucht, ist falsch. Als Berater Trumps, fungiert sein Schwiegersohn Jared Kushner (36 Jahre), der sich für seinen Havard – Abschluss bei seinem Vater bedanken kann. Wenn man Medien glauben darf, sein Vater (ein vorbestrafter Bau Mogul) hat Millionen in die Hochschule gespendet, um seinem Sohn den Weg bis zum Abschluss zu erleichtern. Der ehemalige Präsident Obama war Verfassungsjurist, während man den jetzigen juristischen Berater Trumps Stephen Bannon bestenfalls als Juraamateur einstufen kann. Der einzige Präsident der USA, der je das Weiße Haus räume musste, war Richard Milhous Nixon. Es war bekannt, dass er häufig ein Gläschen zu viel nahm. Trump allerdings scheint nicht zu trinken, ist allerdings ständig von sich selbst berauscht. Viele Psychologen, die **D.T.** in der Öffentlichkeit sahen, haben die unumstrittene Diagnose gestellt, dass der Präsident eine Persönlichkeitsstörung hat und unfähig ist sein Amt zu bekleiden. Sämtliche Psychologen verstoßen damit aber gegen die „Gold Water – Regel“ nach welcher Psychologen nur Aussagen machen dürfen, wenn sie die Person auch persönlich untersucht haben. Zu den Vorwürfen der Psychologen wird sich **D.T.** sicherlich noch äußern. Wenn er aber selbst zu der Erkenntnis kommt, dass er nicht mehr kann, kann er gemäß 25. Verfassungszusatz die Macht theoretisch an seinen Vize Mike Pence übertragen. Die Mehrheit des Kabinetts müsste allerdings zustimmen. Bei dem Spielfilm, der im Augenblick in Amerika abläuft, muss man sich an das Lied erinnern, das 1918 Irving Berlin schrieb. Er hatte es 1938 überarbeitet und Kate Smith hat es erstmals in ihrer Radioshow vorgetragen: „God bless America“.

Für die EU hat **D.T.** den US-Botschafter Ted Malloch favorisiert. Der wiederum bejubelt den Brexit und die neue britisch – amerikanische Allianz. Weiter sagt er dem Euro, sowie der EU (Interview mit der BBC) in ca. 18 Monaten das Ende voraus. Mit dieser Meinung liegt er genau auf der Linie von **D.T.** der nicht mit der EU, sondern mit den einzelnen Ländern verhandeln möchte. Deshalb ist die Sorge in Brüssel groß, dass einige Wackelkandidaten (Ungarn, Polen) aus der noch geschlossenen Front EU ausbrechen könnten. Wenn man nach Frankreich schaut, steht der Präsidentschaftskandidat François Fillon aufgrund einer Steueraffäre (die seine Frau betrifft) mächtig unter Druck. Das beflügelt die Rechtsextremistin Marine Le Pen eventuell Präsidentin Frankreichs zu werden. Was sie bereits angekündigt hat (siehe unser Rundschreiben Januar), das würde das Ende der Europäischen Union bedeuten. Eine EU ohne die Rumpfländer Deutschland und Frankreich ist kaum vorstellbar.

Der Bundesfinanzminister Schäuble hat es kürzlich auf den Punkt gebracht: „Wenn Trumps erfolgreiche Wahl zum US-Präsidenten kein Weckruf für Europa war, welchen Wecker brauchen wir dann noch?“ Die Aufwachtöne des Brexit haben wir ebenfalls alle gehört aber die Auswirkung für die EU (besonders die Engländer selbst) werden wir noch zu spüren bekommen. Ob die Wahl der Theresa May mit einer harten Landung aus der EU auszusteigen, politisch geschickt ist, wird sich noch zeigen. Sie hat bisher nichts geliefert, versucht mit dem „Kuschelkurs“ zu **D.T.**, Punkte zu gewinnen. Die Zukunft wird zeigen, ob ihr Weg zum Ziel (wie es Konfuzius sagte) die richtige Gangart ist. Krisen in der EU sind Normalität, die heute zum Alltagsgeschäft gehören. Statt sich den Herausforderungen der Welt zu stellen und zusammen zu stehen, scheint man sich zu entzweien. Die Interessen der einzelnen EU-Staaten sind zu

unterschiedlich und man hat noch nicht erkannt, dass man nur stark ist, wenn man zusammensteht. So klopfen schon heute Vertreter der polnischen Regierung in Großbritannien an, um über Sonderregelungen ihrer Landsleute für die Einwanderung nach dem Brexit zu verhandeln.

Bereits 8 Jahre gibt es die Krise Griechenland und noch immer keine Lösung. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble stellt sich klar auf dem Standpunkt: „Wenn sich die griechische Regierung nicht an die Vereinbarung hält, dann wäre das Programm beendet“. Siegmund Gabriel (SPD) rät der Bundesregierung zu einer „konstruktiven Rolle“. Der IWF (Internationaler Währungsfonds) plädiert für einen Schuldenschnitt, aber den lehnt Deutschland (noch) ab. Sollte die Bundesregierung allerdings einen Rückzieher machen, gibt es Leute, die den deutschen Steuerzahlern deutlich vorrechnen, was sie die Griechenlandrettung kosten wird. Bis Juni diesen Jahres müsste der IWF erklären ob er „an Bord“ bleibt. Sollte die Bundesregierung sich für ein weiteres Rettungspaket Griechenland entscheiden, würde das kurz vor der Wahl wahrscheinlich der Kanzlerin viele Wählerstimmen kosten. Den Hauptgrund warum es in Griechenland nicht aufwärts geht und das Wachstum nicht anspringt hat Alexis Tsipras bereits genannt. Schuld sind die internationalen Geldgeber, weil sie bisher noch keinem Schuldenschnitt zugestimmt haben.

Im Januar diesen Jahres stiegen die **Target-T2-Forderungen** der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB auf einen absoluten Höchststand von 796 Milliarden Euro. Es ist zu erwarten, dass dieser Betrag noch weiter ansteigt. Was bedeutet das für uns Bundesbürger? Als die Europäer 1999 den Euro einführten, sollten auch die grenzüberschreitenden Geldüberweisungen innerhalb der Währungsunion vereinfacht werden. Daher verzahnten die Notenbanken der am Euro beteiligten Länder ihre nationalen Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme miteinander. Es entstand das „Target-System“. Im Mittelpunkt steht die EZB als Verrechnungsstelle. Kauft beispielsweise ein griechisches Unternehmen eine Ware bei einem deutschen Hersteller, so beauftragt es eine Bank, den Kaufpreis an die Bank des exportierenden Unternehmens in Deutschland zu überweisen. Die griechische Hausbank bucht den Kaufpreis vom Konto des griechischen Unternehmens ab und reicht den Überweisungsauftrag an die griechische Notenbank weiter. Diese bucht den Betrag vom Zentralbankkonto der griechischen Hausbank ab und überweist ihn an die EZB. Diese wiederum schreibt ihn der Bundesbank auf deren Konto bei der EZB gut. Die Bundesbank überweist den Betrag dann an die Hausbank des Exporteurs, die ihn auf dessen Konto gutschreibt. Durch die Überweisungen bauen die griechische Zentralbank und die Bundesbank Targetsalden gegenüber der EZB auf. Die Bundesbank erhält eine Forderung gegen die EZB, die griechische Notenbank geht eine Verbindlichkeit ein. Nur solange es die Währungsunion noch gibt und auch kein Land die Eurozone verlässt, gehen von den Targetsalden keine unmittelbaren finanziellen Belastungen für Deutschland aus. Verlässt aber Griechenland den Euroraum, wird das Land seine aktuellen Verbindlichkeiten (die zurzeit bei ca. 110 Milliarden Euro liegen) gegenüber dem Eurosystem wohl nicht mehr tilgen und die EZB müsste ihre Forderungen gegenüber der griechischen Notenbank abschreiben. Entsprechend ihrem Kapitalanteil entfielen 27% der EZB-Verluste auf die Deutsche Bundesbank. Würde die Währungsunion völlig auseinander brechen, wäre Deutschland auf Jahrzehnte hinaus belastet. Die Bundesbank könnte sich dann aus eigener Kraft nicht mehr retten und der Staat müsste einspringen. Je höher also die Targetforderungen ausfallen, desto bedrohlicher wird die Perspektive. Bräche die Währungsunion auseinander, könnte auch der Staat das Loch in der Bilanz der Bundesbank nicht mehr schließen, ohne selbst bankrott zu gehen. Als einziger Ausweg bliebe dann nur noch eine Währungsreform. Wer auch immer das verhindern möge, denn dann würden die Deutschen (wieder einmal) den größten Teil ihres Geldvermögens verlieren.

In Europa werden soeben 500.000.000 Bürger Zeitzeuge wie sich der Westen auflöst. Wenn wir nicht politisch und ökonomisch zusammenrücken, werden wir kein Gegengewicht zu den internationalen Wirtschaftsgrößen darstellen.

Der Edelstahl- und die Rohstoffmärkte

Wahrscheinlich wird die für den 05.04.2017 geplante Betriebsrats-Vollversammlung bei ThyssenKrupp in Essen ein bisschen Ruhe in den Konzern bringen. Es war eine Fehlentscheidung des Managements im Jahr 2005, die Werke in Alabama und Brasilien zu bauen. Vor 3 Jahren trennte man sich bereits von dem Werk in Alabama und vor einigen Tagen von dem in Brasilien. Konzernchef Heinrich Hiesinger beziffert die Fehlinvestitionen auf mehr als 8 Milliarden Euro, die in den Mangrovensümpfen versickert sind. Der lateinamerikanische Konzern Ternium hat das Werk in Brasilien für angeblich 1,5 Milliarden Euro gekauft. Ternium ist führend als lateinamerikanischer Stahlhersteller und betreibt Produktionsanlagen in Argentinien, Guatemala, Kolumbien, Mexiko und weiteren mehr. ThyssenKrupp hat in der Bilanz einen Buchwert, der über dem Kaufpreis liegt und deshalb muss man wahrscheinlich 900 Millionen Euro abschreiben. Die Bilanz wird sicherlich einen Verlust ausweisen, aber das Thema Stahlwerke in Brasilien und den USA, die bis heute keinen Euro Gewinn gebracht haben, ist damit für Krupp zu Ende.

Die geplante Fusion mit Tata liegt zunächst mal auf Eis. Was im Juni 2016 für beide Konzerne noch so rosig aussah, hat sich durch den Brexit und den Rücktritt der Regierung Camerons zerschlagen. Es versteht sich von selbst, dass ThyssenKrupp die Pensionslasten von Tata in Höhe von 15 Milliarden Pfund nicht übernehmen will und auch nicht kann. Man muss also erneut über einen solchen Deal nachdenken. Eine besondere Beachtung finden dabei die Überkapazitäten in Europa. Diese müssen, bevor man über Billiganbieter in Fernost schimpft, abgebaut werden. Eine schnelle Lösung wird es ohnehin nicht geben, denn wenn man Lösungsvorschläge für beide Konzerne erarbeitet hat, muss die Kartellbehörde ihren Segen dazu geben (und das dauert!).

Gegen den Billiganbieter China haben die Europäer alles Mögliche unternommen. Es sind Regierungssprecher vorstellig geworden, die Welthandelsorganisation (WTO) und es wurden Strafzölle (Anti-Dumping) erhoben – aber für den europäischen Markt hat es nicht allzu viel gebracht. Unzweifelhaft gibt es in China erhebliche Überkapazitäten, aber die werden so schnell nicht verschwinden. Mit Strafzöllen kann man die eigenen Anlagen in Europa nicht optimieren und muss zunächst mal im eigenen Haus Ordnung schaffen, bevor man Chinesen mangelnde Bereitschaft zur Kooperation vorwirft. In der Tat stammt heute jede zweite Stahl, die weltweit produziert wird, aus chinesischen Hochöfen. Nirgendwo stehen so viele, wie in Tangshan. Die Chinesen haben 2016 durch die Schließung von Produktionsstätten 47 Millionen Tonnen Kapazität abgebaut. Präsident Xi Jinping versprach, weitere Überkapazitäten vom Markt zu nehmen. Dabei verschweigt man, dass bereits veraltete Anlagen in der vorgenannten Zahl der Stilllegungen enthalten sind. China lieferte 2015 ca. 7,2 Millionen Tonnen Stahl nach Europa, 2016 waren es 6,1 Millionen Tonnen. Der Rückgang könnte aber auch dahingehend begründet sein, dass der Bedarf nachgelassen hat. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass die Stahlschwemme Chinas noch einige Jahre anhalten wird. Schließlich muss man berücksichtigen, dass sich auch China kein großes Firmensterben leisten kann, denn das würde im Land der aufgehenden Sonne Massenarbeitslosigkeit bedeuten.

Die nachstehende Tabelle zeigt die **Nickel-** und **Molybdän**preisveränderungen. Seit Anfang 2014 hat Indonesien ein Exportverbot für Nickelerze verhängt, das im Januar diesen Jahres gelockert wurde. Welche Auswirkungen das auf den Preis haben wird, zeigt sich in den nächsten Wochen und Monaten. Für das erste Quartal 2017 haben südafrikanische Anbieter den **Ferrochrom**-Preis, der bis Ende des nächsten Monats fixiert ist, um ca. 50% erhöht. Es kann durchaus sein, dass man bei der Preisabstimmung für das zweite Quartal 2017 niedrigere Notierungen als jetzt ansetzt. Der **Molybdän**preis hat sich etwas schwerfällig nach oben bewegt. Da die Rohstoffe in US-\$ abgerechnet werden, ist die Währungsparität ein wichtiger Kalkulationsindikator. Präsident Trump hält den Dollar ohnehin für zu stark, aber seine Gangart und den Dollarkurs vorauszusagen, ist unmöglich. Einige Währungsexperten aus der Finanzbranche prognostizieren 1,15 US-\$/€, andere eine 1:1-Situation. Wenn die Experten es schon nicht verlässlich voraussagen können, bleibt an dieser Stelle nur Kaffeesatzleserei.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.1910	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
03.01.2017	1.0416	10.205	10.270	372.066	982	1.468
01.02.2017	1.0756	10.025	10.075	382.620	929	1.413
22.02.2017	1.0555	10.710	10.780	384.000	1.079	1.450

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2016 €/to	Höchste LZ 2016 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 Trend	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
4016	03/16 - 400	12/16 - 552	624	810	790	→								
4113	03/16 - 474	12/16 - 672	754	945	930	→								
4301	03/16 - 827	12/16 - 1.196	1.340	1.434	1.404	↑								
4310 *)	03/16 - 780	12/16 - 1.124	1.261	1.365	1.337	↑								
4310Mo*)	03/16 - 807	12/16 - 1.175	1.315	1.415	1.391	↑								
4404	03/16 - 1.134	12/16 - 1.680	1.873	1.947	1.926	↑								
4509	03/16 - 517	12/16 - 667	742	929	906	↑								
4521	03/16 - 633	12/16 - 879	973	1.169	1.159	↑								
4539	03/16 - 1.976	12/16 - 2.954	3.292	3.260	3.239	↑								
4571	03/16 - 1.150	12/16 - 1.703	1.899	1.969	1.947	↑								
4828	03/16 - 1.047	12/16 - 1.518	1.701	1.773	1.740	↑								

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2016 €/to	tiefst 2016 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 €/to	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Dez.. 295	Feb/Apr /Mai 190	390	400										
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Dez. 1.080	Jan. 740	1.130	1.190										
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Dez. 1.350	Jan/Mai 1.000	1.410	1.500										

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta